

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 266

Sonnabend, den 12. November 1927

34. Jahrgang

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichszankler und den Reichsarbeitsminister zum Vortrag.
— Die Gattin des verstorbenen Gesandten Dr. Raumann hat ein Beileidstelegramm des Reichszanklers erhalten.
— Im Plenarsaal des Reichstags wurde der vierte preussische Landgemeindetag eröffnet.
— Nach einer Mitteilung der preussischen Regierung sind von 1919 bis zum 1. Januar 1926 auf 126 718 Hektar 13 796 neue Siedlerstellen geschaffen worden.
— Am Freitag wurde in Paris der französisch-südflawische Freundschaftsvertrag unterzeichnet.
— Der frühere Präsident der New Yorker Handelskammer, Bush, sprach sich in einer Rede für die Revision des Dawesplanes aus.
— Im Ratiborer Jagdprozeß sowohl wie im Breslauer Gattenmordprozeß Heydebrand wurde Verurteilung eingeleitet.
— Ein Theaterdirektor, der in Köln gastierte, vergiftete ein weibliches Mitglied seiner Tanzgruppe. Als dann unternahm der Direktor einen Selbstmordversuch.
— Nach einer Meldung aus Heidelberg besteht im Rheingebiet keine Hochwassergefahr mehr.
— Die in Paris in der Affäre Blumenstein beschlagnahmten Wertpapiere wurden jetzt sorgfältig geprüft. Es handelt sich um rund 100 000 Stücke zumeist serbischer, ungarischer und österreichischer Anleihen.

Der Landgemeindetag.

Begrüßungsansprachen der Regierungsvertreter. — Die Bedeutung der Selbstverwaltung. — Der Wert kommunaler Mitarbeit.

Unter Teilnahme verschiedener Reichs- und Staatsminister und in Anwesenheit zahlreicher Delegierter wurde am Freitag im Plenarsaal des Reichstags der vierte preussische Landgemeindetag eröffnet. Die Reichsregierung war durch die Minister Schiele, Dr. von Kaudell und Dr. Köhler vertreten, Preußen durch die Minister Grzejnki und Dr. Steiger.

Bürgermeister Lange-Weißwasser hielt eine Begrüßungsansprache, und betonte darin, daß man sich bei den Tagungen des Landgemeindetages zur Zeit mit drei Fragen in erster Linie zu beschäftigen habe: mit der Reichsfinanzgesetzgebung, mit der Verwaltungsreform und dem Reichsschulgesetz.

Reichsinnenminister Dr. v. Kaudell

überbrachte der Versammlung herzliche Grüße und Wünsche der Reichsregierung. Es sei unsere geschichtliche Aufgabe, eine wirklich unabhängige, ungetriebene und sachliche Selbstverwaltung unserem Vaterlande zu erhalten! Dem müsse unsere Arbeit dienen. Mehr denn je sei Deutschland auf die Mitarbeit der weitesten Schichten angewiesen. Die Grüße der preussischen Regierung überbrachte

Minister des Innern Grzejnki.

Redner wies darauf hin, daß das Leben und die Befähigung des Staatsbürgers innerhalb der kommunalen Gemeinschaft auch für das allgemeine Staatsleben von größtem Wert ist. Bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs müsse dafür gesorgt werden, daß auch die große Zahl der kleinen Gemeinden zu ihrem Recht komme! Man dürfe jedoch auch nicht übersehen, daß es hier und da auch zu kleine Gemeinden gebe. Hier müßten durch vernünftige Rationalisierungen leistungsfähige Lastenträger geschaffen werden. Der Minister betonte dann ausdrücklich, daß er damit keineswegs an eine allgemeine und zwangsweise Revision der Gemeindegrenzen im ganzen Lande denke, die Anregung zu zweckmäßigen Zusammenschlüssen müsse vielmehr von den Gemeinden ausgehen.

Nach Schluß seiner Ausführungen forderte der preussische Innenminister noch die Hinzuziehung der jetzt in Gutsbezirken lebenden Bevölkerungsteile zur kommunalen Mitarbeit, und betonte, die Befähigung der ländlichen Gemeinden müsse so sein, daß sie eine tatkräftige Mitarbeit ehrenamtlich tätiger Bürger zulasse und fördere. Wo die Verwaltung sich infolge ihrer Größe schwierig gestalte, müßte der Versuch gemacht werden, die Kreis helfend einzugreifen. Der Eintritt des Stärkeren für den Schwächeren sei der soziale Gedanke auch im öffentlichen Leben und die notwendige Ergänzung der örtlichen Selbstverwaltung.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler,

der dann zu Worte kam, äußerte sich in längerer Rede über die Notwendigkeit der Steuervereinfachung und der Besoldungsreform. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes habe das äußerste Maß dessen erreicht, was einem durch Krieg und Versailler Vertrag ge-

schwächten Volke aufgebürdet werden könne! Kein Land der Welt habe größere Steuerlasten aufzuweisen als Deutschland! Bei den Realsteuern zeige sich vielfach noch eine große Mächtigkeitsgefühl. Eine größere Vereinheitlichung der Steuern sei notwendig, damit die Belastung des deutschen Volkes klar und übersichtlich werde. Eine

stapenweise Senkung der Steuern sei unumgänglich! Der Grundsatz der Sparsamkeit müsse strikter als bisher durchgeführt werden!

Zum Schluß behandelte der Leiter des Verbandes, Landrat Dr. Gereke, die Stellung der Gemeinden zur Finanz- und Verwaltungsreform. Er erklärte, die meisten Ausgaben seien zwangsläufig, und da helfe auch der Wille zur Sparsamkeit nichts. Am heutigen Sonnabend beschäftigte sich der Landgemeindetag dann mit internen Angelegenheiten.

Vorstandstagung des Reichsstädtebundes.

Stellungnahme zu wichtigen Fragen der deutschen Politik.

Am 25. und 26. November findet in Berlin eine Tagung des Gesamtvorstandes des Reichsstädtebundes statt, in dem die Klein- und Mittelstädte organisch zusammengefaßt sind. Die Beratungen gelten der Stellungnahme zu den gegenwärtig wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Auf der Tagesordnung stehen u. a. das Steuervereinfachungsgesetz, die Besoldungsreform und ihre praktische Durchführung, das Reichsschulgesetz, die Gasfernversorgung, das Problem der kommunalen Umgemeindung, die Frage einer Neurechtteilung der Kraftfahrzeugsteuer und die Vertretung der kleinen und mittleren Städte in den Verwaltungsausschüssen der Landesverwaltungsämter und Arbeitsämter.

Preussischer Antrag auf höhere Ueberweisungen.

— Berlin, 12. November. In der letzten Sitzung der Landeshauptleute der preussischen Provinzen, die sich mit der immer schwieriger werdenden finanziellen Lage der Provinzen, insbesondere den ungenügenden Steuerüberweisungen und Dotationen, befaßte, wurde zur Kraftfahrzeugsteuer beschloffen, eine wesentliche Erhöhung der jetzigen Sätze zu fordern.

Rechenchaftsbericht der Reichspost.

Guter Verkehr trotz der Gebührenerhöhung. — Durchführung der geplanten Reformen.

Nach einem Vortrag des Reichspostministers im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost hat die Gebührenerhöhung bis zum Monat Oktober genau die Mehreinnahme gebracht, die berechnet war. Ein ungünstiger Einfluß der Tarifserhöhung auf die allgemeine Preisbildung sei nicht eingetreten. Für 1928 dürfte infolge der Gebührenerhöhung mit einer Mehreinnahme von 186 Millionen Mark gerechnet werden. Dem stünde jedoch ein Mehraufwand von 302 Millionen Mark gegenüber, der durch Besoldungserhöhung, Betriebsverbesserungen und die Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse bedingt sei. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben werde in der Weise hergestellt werden, daß geplante Einrichtungen soweit als möglich auf später zurückgestellt und die Betriebskosten auf das geringstmögliche Maß beschränkt werden. Die im Gange befindlichen Reformen des Verkehrs, vor allem im Zustell-, Schalter- und Fernsprechsdiens, würden hierdurch nicht beeinträchtigt; sie würden gleichmäßig für das ganze Reichspostgebiet ohne Bevorzugung einzelner Teile nach Maßgabe der Verkehrsbedürfnisse durchgeführt. Die Anleihefrage befinde sich nach wie vor in der Schwebe.

Steuerdruck und Kreditnot bei der Landwirtschaft.

Mangel an Arbeitskräften. — Notstände im Eichsfeld.

Nach den Erhebungen der landwirtschaftlichen Organisationen über die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Wochen, hat die Landwirtschaft auch im Oktober hart unter dem Druck hoher Steuern zu leiden gehabt! Die Fälligkeitstermine der Saatgut- und der Abwicklungskredite der Rentenbank brachten weitere ungünstige Einflüsse. Preußen hat den durch Witterungsunbilden geschädigten Landwirten fällige Steuern gestundet oder ganz erlassen. Ähnliche Maßnahmen sind auch von anderen Ländern getroffen worden. Die

Aufnahme von neuen Krediten erfährt durch die Erhöhung der Zinsätze eine Erschwerung. Der Saatstand muß als mittelmäßig bezeichnet werden. Gutes Pferdmaterial war zu annehmbaren Preisen gesucht. In der Schweinezucht ist wegen der schlechten Absatzmöglichkeit für Ferkel ein Rückgang zu verzeichnen. Die Schafhaltung dagegen bewegt sich in aufsteigender Richtung. Die Forstwirtschaft meldet steigende Nachfrage nach Grubenhölzern. Geldmangel zwang zu großen Zurückhaltungen bei der Anschaffung von Längen- und Futtermitteln. An Maschinen waren besonders solche für die Kartoffelernte viel gekauft. Brennereien und Zuckerfabriken sind voll beschäftigt. Bei der Kartoffel- und Rübenenernte machte sich Mangel an geeigneten Arbeitskräften stark bemerkbar. Weiter fehlt es an Mädchen und ledigem Gesinde, auch wird wieder viel über Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeiter in die Industrie geklagt. Die höher gelegenen Gebiete Mitteldeutschlands, z. B. das Eichsfeld, hatten durch anhaltendes Regenwetter eine vollständige Mißernte zu verzeichnen!

Politische Rundschau.

— Im Alter von 66 Jahren starb in Berlin der frühere deutsche Generalkonsul Ailian.
— Der frühere Presschef der Reichsregierung, Gesandter Dr. Raumann-München, erlag im Alter von 61 Jahren einem Herzkrampf.

— Konflikt mit Professor von Moeller? In einem Teil der Presse war dieser Tage davon die Rede, daß Professor v. Moeller in einer Ansprache in der Universität der Reichshauptstadt beleidigende Neußerungen gegen den preussischen Kultusminister und die Republik gemacht haben soll. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist Professor v. Moeller über den Zwischenfall bereits vernommen worden. Der Kultusminister will zunächst weitere Erhebungen anstellen und dann seine Entscheidung bekanntgeben.

— Universitätsprofessor Dr. Gock hat anlässlich seines 60. Geburtstages vom Reichszankler Dr. Marx ein Glückwunschtelegramm erhalten, in dem es heißt: „Mögen Ihnen noch viele Jahre eines erfolgreichen Schaffens als Politiker, Geschichtslehrer und Forscher zum Besten des Deutschen Reiches beschieden sein.“

Die Deutsche Volkspartei für eine gründliche Verwaltungsreform.

— Berlin, 12. November. Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielten eine gemeinsame Sitzung ab, nahmen Berichte der Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius entgegen, und faßten dann eine Entschlieung, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Besoldungsvorlage und das Kriegsschadenschuldengesetz schleunigst zu verabschieden sind. Weiterhin verlangt die Partei eine durchgreifende Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor einer Änderung der Verfassung — so weit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt — nicht halt machen dürfe. Im übrigen wird noch größte Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung gefordert.

Kein Kleidergeld für Generale.

— Berlin, 12. November. Bei der Beratung des Besoldungsgesetzes im Haushaltsausschuß wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, wonach allen Generalen das Kleidergeld gestrichen wird, nachdem auch die Deutschnationalen erklärt hatten, sie würden diesem Antrage zustimmen. Die übrigen Offiziere behalten aber ihr Kleidergeld. Die Bestimmung über die monatliche Vorauszahlung der Beamtenbezüge wurde angenommen. Ministerialdirektor Dr. Lotholz erklärte, daß die gegenwärtige Finanzlage, die von vielen Seiten beantragte Wiedereinführung der vierteljährlichen Vorauszahlung nicht mehr zulasse.

Vertagung der Zentrumsbesprechungen.

— Berlin, 12. November. Die Vertreter der Reichstags- und der Preussischen Landtagsfraktion des Zentrums setzten ihre Besprechungen fort. Es kamen nur Kleinrentnerfragen zur Debatte, während die Weiterberatung des Hauptthemas, das die Verwaltungsreform und die Frage „Einheits- oder föderalistischer Staat“ betrifft, vertagt wurde; sie soll erst wieder aufgenommen werden, wenn die Plenarsitzungen des Preussischen Landtages beginnen. In der Zwischenzeit soll die Frage von einem Unterausschuß geprüft werden.